

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Zeitung zu den Landtagswahlen 2014 in den Potsdamer Wahlkreisen

Oktober 2014

Nr. 10 · 10. Jahrgang

Brandenburg weiter voran bringen

Dank an WählerInnen, KandidatInnen und Helfer/Rot-Rote Gespräche haben begonnen

*Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen,*

Brandenburg hat gewählt, und ich möchte Euch allen – auch im Namen der Potsdamer Kandidatinnen Anita Tack, Hans-Jürgen Scharfenberg und Volkmar Schöneburg – herzlich danken. Danke an alle, die an den Ständen, auf der Straße, in der Familie und im Freundeskreis und in unzähligen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern im Internet und den sozialen Netzwerken um jede Stimme für DIE LINKE gekämpft haben. Danke an alle, die plakatiert, gesteckt, Zeitungen und Flyer verteilt haben. Ein besonderer Dank gilt all denen, die in monatelanger Arbeit für uns geworben haben. Und ein Dank geht an die Mitglieder des Landeswahlkampfbüros und die MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle für ihre Arbeit.

Hans-Jürgen Scharfenberg hat seinen Wahlkreis mit einem sehr guten Ergebnis gewonnen. Anita Tack und Volkmar Schöneburg ziehen über die Landesliste in den Landtag ein. DIE LINKE hat in Potsdam auch deshalb gut abgeschnitten, weil unsere Abgeordneten im Stadtparlament und im Landtag nicht nur vor den Wahlen, sondern auch zwischen den Wahlen vor Ort sind und die Alltagsprobleme der Bürgerinnen und Bürger aufgreifen.



DIE LINKE in Brandenburg hat am 14.9. eine bittere Wahlniederlage erlitten. Dieses Ergebnis haben wir alle so nicht erwartet. Es ist enttäuschend, macht uns sehr nachdenklich, und die Ursachen für diese Niederlage müssen gründlich ausgewertet werden.

Der Landesvorstand hat einstimmig beschlossen, mit der SPD ernsthaft in Sondierungsgespräche auf der Grundlage unserer elf Schlüsselprojekte zu gehen. Die ersten Gespräche haben bereits stattgefunden. Verabredet ist, dass im Falle des erfolgreichen

Abschlusses der Koalitionsverhandlungen und einer Empfehlung von Landesvorstand und Landesausschuss die Mitglieder über die Annahme entscheiden. Dieser Prozess findet vom 14.10. bis 30.10. statt.

DIE LINKE wird den Weg für ein sozial gerechtes Brandenburg auch in den nächsten fünf Jahren konsequent fortsetzen. Und in Potsdam wird DIE LINKE sich weiter für eine bürgernahe und an Sachthemen orientierte Politik engagieren.

*Sascha Krämer
Kreisvorsitzender*

Angst vor der Bürgerbefragung zur Garnisonkirche?!

Nach dem mit über 14.000 Unterschriften erfolgreichen Bürgerbegehren gegen den Bau der Garnisonkirche und dem daraus folgenden formalen Auflösungsantrag des Oberbürgermeisters in der Stiftung, dessen Ablehnung vorauszusehen war, ist das Thema nicht abgehakt. Die Stiftung, die Stadt und Befürworter des Wiederaufbaus räumen angesichts der vielen Gegner Versäumnisse in der Kommunikation ein. Man habe das Vorhaben nicht genügend erklärt, ein „Bürgerdialog“ müsse geführt werden. In einem Antrag der Grünen war sogar von einer Bürgerbefragung die Rede.

Allerdings unterwarfen sich die Grünen der Kooperationsdisziplin und zogen ihren Antrag zurück. DIE LINKE hatte die von ihr bereits angekündigte Bürgerbefragung beantragt, als Ergänzungsantrag dazu hatte DIE aNDERE die Frage formuliert „Sind Sie für den Aufbau der Potsdamer Garnison-

kirche?“ „Seit sieben Jahren wird diskutiert“, sagte Sascha Krämer in der Antragsbegründung, „aber es gibt keine Bewegung.“ Es müsse endlich eine Bürgerbefragung geben, um ein klares Meinungsbild zu dem politisch brisanten Vorhaben zu erhalten. Eine Bürgerbefragung wäre das richtige Instrument im Rahmen des angestrebten Bürgerdialogs. Dass eine Bürgerbefragung nicht entscheiden könne, ob die Garnisonkirche gebaut wird, sei ihm bewusst, antwortete Krämer auf die Einwände mehrerer Abgeordneter, die anführten, dass der Grundstückseigentümer entscheiden könne, was er auf dem Grundstück baut. Daher müsste dies auf dem Stimmzettel vermerkt werden.

Der Grüne Peter Schüler warf der LINKEN vor, dass man sich mit einer Befragung vor der Entscheidung drücke und die SVV ihre Verantwortung nicht delegieren dürfe. Damit begründete er seine ablehnende Hal-

tung gegen eine Bürgerbefragung. Oberbürgermeister Jann Jakobs führte die mehrheitlichen Entscheidungen der SVV zur Aufstellung des B-Planes, zur Übertragung des Grundstückes und zum Beitritt der Stadt zur Stiftung an. Auch den Antrag der LINKEN, die (als alle diese Beschlüsse ohne ihre Zustimmung gefasst worden waren) dann wenigstens den Eingriff in die Breite Straße durch Verschiebung des Grundrisses verhindern wollte, legte er so aus, als habe sich DIE LINKE mit der Garnisonkirche arrangiert. Auch der Antrag von Dr. Scharfenberg, den Antrag im Hauptausschuss, mit Vertretern des Kuratoriums, zu beraten, wurde abgelehnt.

„Wenn man ein Versöhnungszentrum bauen will gegen eine breite Ablehnung, dann ist es kein Versöhnungszentrum“, sagte Scharfenberg nach der Ablehnung der Anträge zur Bürgerbefragung.

In dieser Ausgabe

Tradition

- 2 Eine Tradition wird gepflegt: Sascha Krämer wird „Ehrenobstbauer“ im Obstgut Marquardt

Grundwert

- 3 Grundwert Gerechtigkeit eint Rot-Rot/LINKE-Ortsvorstände gewählt/Kreisparteitag DIE LINKE/Nachlese: Wahlergebnisse in Potsdam

Bildung

- 5 Gleiche Bildungschancen für alle/Inklusion wollen – Personal stärken/Freilichtmuseum oder Studentenstadt?

Wahlkampf

- 6 Asylrechtsverschärfung/Wahlkampfendspurt/Friedenspolitik kontra Waffen liefern

Sommerfest

- 7 Nachlese: Bunt, lebendig und natürlich politisch – unser Sommerfest/ AFD – die rechte Kraft in Deutschland/Löhne in Ostdeutschland

Erinnerungen

- 8 Potsdam erinnert/Ost-Schmalz auf dem West-Wecken – Rezension von Matthias Krauß/Tipps und Termine/Sudoku

Informationen der Redaktion:

Die Ausgabe November 2014 erscheint aus aktuellem Anlass am Montag, 10. November. Redaktionsschluss ist am 30. Oktober 2014.

Eine gute Tradition wird gepflegt

Sascha Krämer, Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE.Potsdam, als „Ehrenobstbauer“ geehrt

„Zwei Pfund, drei Pfund, vier Pfund – rund, Äpfel sind ja so gesund. Gleich hinter dem Havelstrand, gleich hinter der Düne – Äpfel aus dem Havelland“, so tönten es Mitte der 70er Jahre die Lehrerstudenten des FDJ-Singeklubs „Spartakus“ von der PH-Potsdam. Und der Song nach der weltbekannten Melodie des „Banana-boats“-Song von Harry Belafonte begann: „Wer machte Adam und Eva bekannt? – Äpfel aus dem Havelland!“

Das war dichterische Freiheit und ein Hohelied auf das damalige Zentrale Jugendobjekt „Havelobst“. Doch woher kommt denn der Apfel ursprünglich? Wahrscheinlich aus dem Gebiet zwischen Euphrat und Tigris, aber Fakt ist, dass sich sein Siegeszug über Ägypten, das Mittelmeer und Italien bis nach Europa und über die ganze Welt, nicht aufhalten lies und sich ungezählte Geschichten und Legenden um diese leckere und super gesunde Frucht ranken.



Sascha Krämer wurde „Ehrenobstbauer“. Zu den ersten Gratulanten gehörte Ministerin Anita Tack, Obstgut-Juniorchef Lutz Kleinert und Jörg Kirstein vom Gartenbauverband Berlin-Brandenburg.

die beiden ehemaligen brandenburgischen Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe und Matthias Platzeck neben der ehemaligen Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner zum Beispiel. Und sportlich noch zwei: Die Frauenfußballerinnen von Turbine Potsdam mit ihrem Trainer Bernd Schröder und letzt-

und andere gehörten damals zum Kreis der „Ehrenobstbauer“.

Die Wende kam und mit ihr die „EU-Plantagenabholzungsprämie“. Der Kahlschlag ging auch beim „Garten der Freundschaft“ sehr schnell. Auf der Fläche sollte ein Golfplatz entstehen. Doch das ging schief. Nun weiden heute auf der Fläche Rinder...

„Die Tradition sollte nicht sterben“, erinnert sich der Chef des Obstgutes Marquardt Manfred Kleinert. So führte er ab 1991 die Tradition der Ernennung von Menschen mit besonderen Verdiensten bzw. Ansehen fort. Aus dem Titel verschwand aus sprachökonomischen Gründen mitendrin das „AN“. Und weitere Änderungen machten sich notwendig: Aus dem Titel „Garten der Freundschaft“ wurde unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ein „Leasinggarten“. Und für die Geehrten kommt zur Ehrenurkunde heutzutage ein Leasingvertrag und eine Kundenkarte dazu. Mit der Letzteren kommen sie dann in den Genuss „ihrer eigenen Äpfel“.

Mittlerweile sind es schon weit über 200 (neue) „Ehrenobstbauer“. Und es sind wieder einige Berühmtheiten dabei. Der mittlerweile verstorbene Entertainer Harald Juhnke, der „erste Deutsche im All“ Kosmonaut Sigmund Jähn, die Radsportlegende Gustav Adolf „Täve“ Schur, Schauspieler Herbert Köfer („Rentner haben niemals Zeit“ usw.) und Mundharmonikaspieler Michael Hirte gehören dazu. Aus der Politik

lich von ganz weit her der Stellvertretende Leiter der Kanzlei des Justizministeriums der Republik Vietnam, Chu van Thinh.

Am 5. September kümmerte sich die brandenburgische Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Anita Tack (DIE LINKE) als „Ehrenobstbäuerin“ um ihren Baum und vor allem um die daran hängenden Äpfel. In ihrer Begleitung der Direktkandidat der LINKEN zu den Landtagswahlen 2014 für den Wahlkreis 19, Sascha Krämer. Und für den jungen Potsdamer Kreisvorsitzenden der Partei DIE LINKE hatte der Obstgutchef eine Extra-Überraschung parat: Sascha Krämer wurde „Ehrenobstbauer“.

Und Manfred Kleinert nutzte natürlich die Gelegenheit, den beiden Politikern das „Schulobstprogramm“ ans Herz zu legen. Der Obstgutchef hat dieses Programm schon längere Zeit im Visier. Schulkinder sollten erstens mehr erfahren über den Obstbau in ihrer Gegend. Und selbstverständlich auch das heimische Obst genießen können. Dazu hat das Obstgut vor einiger Zeit bereits zwei anschauliche CD's produziert. Dann plant er mit den Kindern Shuttlefahrten durch seine Obstplantagen und schließlich dürfen die SchülerInnen selbst das Havelobst pflücken. Die gesamte Aktion kostet natürlich Geld. Bisher fand die Idee Kleinerts in der Landesregierung keinen positiven Rückhalt. Deshalb sollte sich Potsdam quasi als Pilotprojekt fördernd beteiligen, so Kleinert. Und dafür wollen sich Anita Tack und Sascha Krämer als Kommunalpolitiker mit ihrer LINKEN-Fraktion im Stadtparlament stark machen. Anita Tack unterstrich: „Gesunde Ernährung für unsere Kinder ist mir sehr wichtig. Die Stadt Potsdam sollte mit einem Schulobstprogramm die Ressourcen der Region nutzen.“



Ehrenobstbäuerin Anita Tack hatte in Sascha Krämer und Manfred Kleinert fleißige Erntehelfer.



Obstgutchef Kleinert präsentierte den Gästen alte Pflirsichsorten.

Das so weit. Doch bleiben wir bei den Geschichten. Zur Jugendobjektszeit wurde im „Havelobst“ eine Tradition geboren. An der Landstraße von Uetz nach Paretz hatte die LPG „Obstproduktion“ Marquardt einen „Garten der Freundschaft“ angelegt. Sinn war, dass hier innerhalb einer großen Apfelanlage Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft mit dem Ehrentitel „Ehrenobstbauer“ geehrt werden sollten. Und so kam es: Nach der festlich durchgeführten fach- und sachgerechten Pflanzung eines Apfelbaumes erhielt der/die Geehrte als Bestätigung seiner Auszeichnung eine Urkunde. Und damit war verbunden, dass der „Ehrenobstbauer“ das Recht hatte, jährlich den Ertrag seines gepflanzten Baumes zu ernten. Damit verbunden war natürlich die Erwartung, dass sich die Geehrten um das Werden und Wachsen ihres Baumes wie auch des gesamten Jugendobjektes kümmerten. Dieser Titel wurde in der Zeit von 1976 bis 1989 an 175 „Ehrenobstbauer“ aus dem In- und Ausland verliehen. Kosmonauten, Politiker, Künstler

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dorststraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, Bergmann (2)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Team mit Doppelspitze



Der Ortsverband der LINKEN in Babelsberg und Zentrum Ost hat einen neuen Vorstand. Neben Michél Berlin und Maria Strauß, die die erste Doppelspitze im Kreisverband bilden, werden Mareike Sawall, Nobert Wilke und Klaus-Uwe Gunold im Vorstand arbeiten. Im Vordergrund soll die Arbeit im Team stehen. Maria Strauß betonte „Die Jungen sind bereit Verantwortung zu übernehmen, wir sind aber auch auf die Erfahrungen der Älteren angewiesen.“ Michél Berlin wies zudem darauf hin, dass es eine große Aufgabe sei, den Kontakt zwischen den Genossen in Babelsberg und Zentrum Ost zu intensivieren.

OV Mitte wählte neuen Vorstand



Am 25.09.2014 trafen sich die GenossInnen des OV Mitte, um einen neuen Vorstand zu wählen. Für die nächsten zwei Jahre werden Marta Balzer, Juliane Tietz, Ralf Dzykonski, Hans Otto Träger und Matthias Lack dem OV vorstehen. Bei der konstituierenden Sitzung werden sie besprechen, wer dem OV vorsitzen wird und welche Arbeitsschwerpunkte sie sich für das nächste Jahr setzen. Aus der Vollversammlung kamen dazu reichliche und kritische Ideen, die in die Planung einfließen werden.

Matthias Lack

Wahlergebnisse

Nach Eingang der Daten aus dem letzten der rund 3.700 Wahlbezirke gab der Landeswahlleiter Bruno Küpper nach Auszählung aller 44 Landtagswahlkreise folgendes Ergebnis für die Landtagswahl bekannt:

Wahlberechtigte: 2.094.455

Wähler: 1.002.800

Wahlbeteiligung: 47,9 % (2009: 67,5 %)

gültige/ungültige Erststimmen:

983.748/19.052

gültige/ungültige Zweitstimmen:

987.299/15.501

In 29 Wahlkreisen siegten Wahlkreisbewerber der SPD. Die Wahlkreisbewerber der CDU waren in 10 Wahlkreisen erfolgreich. Die Partei DIE LINKE gewann 4 Direktmandate, die politische Vereinigung BVB/FREIE WÄHLER errang 1 Direktmandat.

Für Potsdam gab es folgende Ergebnisse:

Im Wahlkreis 19 holte **Sascha Krämer**

5.057 Erststimmen – 16,6%

5.218 Zweitstimmen – 17,1%

Im Wahlkreis 21 erreichte **Anita Tack**

6.928 Erststimmen – 22,1%

6.523 Zweitstimmen – 20,8%

Und im Wahlkreis 22 errang **Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg** das Direktmandat mit

9.825 Erststimmen – 38,4%

7.851 Zweitstimmen – 30,6%.

Grundwert Gerechtigkeit eint Rot-Rot

DIE LINKE will gute Löhne für gute Arbeit statt Lohndrückerei

Die SPD hat sich für Die Linke als Regierungspartner entschieden. Ist es da nicht müßig, noch darüber nachzudenken, was Rot-Rot von Rot-Schwarz unterscheidet? Tatsächlich verschwammen im Wahlkampf gelegentlich die Profile der drei großen Parteien SPD, CDU und LINKE, kamen doch zum Beispiel zur Bildung ganz ähnliche Versprechen. Haben etwa diejenigen recht, die zuhause blieben, weil ihre Stimme ja doch nichts ausrichte?



Natürlich nicht! Denn obwohl sich alle darin einig sind, dass in Kitas und Schulen mehr Erzieher und Lehrer gebraucht werden, scheiden sich die Geister schon bei grundsätzlichen Intentionen: Während zum Beispiel bei der Bildung SPD und LINKE Chancengleichheit und gemeinsames Lernen betonen, setzt die CDU vor allem auf das Leistungsprinzip.

Betrachtet man Wahlprogramme und Wahlkampf genauer, werden diese traditionellen Akzente deutlicher. Die SPD als klassische Partei der Mitte spricht gezielt jene an, die vor allem auf Verlässlichkeit und gewohnte Wege vertrauen. Eine vorsorgende Sozial- und Gesellschaftspolitik ist das Ziel ihres „Brandenburg-Plans“ mit 50 Vorhaben. Die Wahlplakate zeigen einen Ministerpräsidenten, der anpackt. Gemein-

sam sollen alle – Land und Kommunen, Ressorts, jeder Einzelne – für eine hohe Lebensqualität an einem Strang ziehen. Brandenburg soll ein Land der guten Arbeit sein, durch Sozialpartnerschaften mit Gewerkschaften und mit gut ausgebildeten Fachkräften.

Bei der Partei DIE LINKE ist soziale Gerechtigkeit der Kern der „Elf Vorhaben für ein soziales Brandenburg“. Dabei unterstreichen auch die Wahlplakate mit dem Motto „Das ist Brandenburg“ den eigenständigen Weg des Landes. Gute Löhne für gute Arbeit sind für sie das allererste Thema. Das will sie bei der Kopplung der öffentlichen Auftragsvergabe mit vernünftigen Löhnen ebenso im Auge behalten wie bei der Sicherung gleicher Bildungschancen durch langes gemeinsames Lernen. Handlungsspielräume für starke Kommunen durch ein weiteres Investitionsprogramm hält sie für zentral. Darüber hinaus spielt auch für sie die landesweite Daseinsvorsorge eine große Rolle, zum Beispiel

durch den Erhalt der Krankenhäuser und die Förderung der dezentralen Energieversorgung.

Übereinstimmungen zwischen SPD und LINKEN fußen vor allem auf dem prinzipiellen Wert Gerechtigkeit. Unterschiede gibt es eher in Ausgestaltungsfragen, beispielsweise zum Zeitpunkt des

Braunkohleausstiegs, in denen Kompromisse ausgehandelt werden müssen.

Wäre mit der CDU alles anders? Immerhin verhiessen ihre Plakate: „Brandenburg.Besser.Machen.“ Mit den Themen Bildung, „Sicherheit statt Experimente“ und ihrer Bundeskanzlerin warb die CDU erfolgreich um Wähler. Die konservative Partei wollte „Arbeit und Wohlstand für unsere Heimat“ durch einen Verzicht auf gute Löhne bei öffentlichen Aufträgen und einer Stärkung des Ehrenamts erreichen. Vor allem im Umgang mit der Bezahlung von Arbeit und Chancengleichheit hätte in einer rot-schwarzen Koalition also manches anders ausgesehen.

Nun ist es an Rot-Rot zu zeigen, wie ihre demokratische Gesellschaft aussehen kann. Je mehr Brandenburgerinnen und Brandenburger zum Mittun gewonnen werden, desto höher könnte die Beteiligung bei der nächsten Landtagswahl ausfallen.

1. Tagung des 5. Kreisparteitages DIE LINKE.Potsdam

15. November 2014, 10.00 – 16.30 Uhr

Aula des Humboldt-Gymnasiums Potsdam, Heinrich-Mann-Allee 103

Für den 15. November 2014 hat der Kreisvorstand einen Kreisparteitag einberufen, der auch einen neuen Kreisvorstand wählen soll. Dieser soll ausnahmsweise nur für ein Jahr gewählt werden, um sich dem Wahlrhythmus in anderen Brandenburger Kreisverbänden anzugleichen. Die Delegierten des Ortsverbandes wurden bereits auf einer Gesamtmitgliederversammlung gewählt. Der Parteitag tagt aber wie gewohnt öffentlich!

Zensur-Verordnung erlassen

1819

Friedrich Wilhelm III. erlässt eine Zensur-Verordnung. Darin heißt es: „Allein Unserem Lande herauszugebende Bücher und Schriften, sollen der in den nachstehenden Artikeln verordneten Zensur zur Genehmigung vorgelegt, und ohne deren schriftliche Erlaubniß weder

gedruckt noch verkauft werden ... Zeitungen und andere periodische Schriften, sobald sie Gegenstände der Religion, der Politik, Staatsverwaltung und der Geschichte gegenwärtiger Zeit in sich aufnehmen, dürfen nur mit Genehmigung der oben gedachten Ministerien

erscheinen, und sind von denselben zu unterdrücken, wenn sie von dieser Genehmigung schädlichen Gebrauch machen.“

Internationale Brigaden kämpfen in Spanien

1936

Schon im Sommer 1936 begann unter Leitung des Kommunisten Josip Broz, der später als der jugoslawische Staatschef Josip Broz Tito bekannt wurde, von Paris aus die Rekrutierung von republikanisch gesinnten Nichtspaniern für die Internationalen Brigaden. Diese sollten das antifaschistische Spanien unterstützen. Die Interbrigaden wurden ab dem 9. Oktober 1936 aufgestellt. An diesem Tag erreichten die ersten 650 Freiwilligen mit dem Dampfer „Ciudad de Barcelona“ den Hafen von Alicante.

Zum Zeitpunkt der größten Beteiligung gehörten ihnen 25.000 Kämpfer an. Insgesamt waren es 59.000 Menschen, die in den Internationalen Brigaden gedient haben. Ein Viertel der Brigadisten kam aus Frankreich (Bataillon „Commune de Paris“), von denen 3.000 fielen. Es waren aber auch 5.000 Deutsche (von denen 2.000 fielen, Thälmann-Bataillon, Bataillon Edgar André in der XI. Brigade) und 1.400 Österreicher (Bataillon 12. Februar), 4.000 Italiener (Garibaldi-Bataillon), 1.500 Ka-

nadier (Mackenzie-Papineau-Bataillon, XV. Brigade), 3.000 US-Amerikaner (Abraham Lincoln Bataillon und Georg Washington Bataillon, XV. Brigade), 800 Schweizer und 1.500 bis 2.000 Tschechoslowaken in den Brigaden vertreten. Auch aus zahlreichen anderen Ländern stießen Freiwillige zu den Internationalen Brigaden, so aus Irland oder sogar eine Gruppe chinesischer Kombattanten und 300 Juden aus dem britischen Mandatsgebiet Palästina. Mehr als die Hälfte der Interbrigadisten kam ums Leben. Unter den Kämpfern der Inter-

nationalen Brigaden gab es auch viele Prominente wie Pablo Picasso, Joan Miró, Ernest Hemingway, George Orwell und André Malraux. Sie hielten ihre Erinnerungen an den Krieg in künstlerischer Form fest.



Werner Seelenbinder ermordet

1944

Die verbotene kommunistische Organisation Rote Hilfe Deutschland (RHD) beauftragte den Ringkämpfer Werner Seelenbinder, einem legalen Sportverein beizutreten und Qualifikationen für internationale Turniere zu erringen. Die damit entstandenen Auslandskontakte sollte er für den Widerstand gegen das NS-Regime nutzen.

Nach der Zerschlagung der Arbeitersportbewegung durch das NS-Regime wechselte er bei internationalen Wettkämpfen erfolgreiche Arbeitersportler in die offiziell erlaubte Sportvereinigung Berlin-Ost. Auf Sportreisen verbreitete der Ringer Propagandamaterial aus dem kommunistischen Untergrund, wofür er mit ehemaligen Weggefährten brechen und sich dem NS-System anpassen musste.

Werner Seelenbinder wurde 1936 Vierter bei den Olympischen Spielen. Seit 1938 war er in der Berliner Widerstandsgruppe um Robert Uhrig aktiv. Bei deren Zerschlagung nahm ihn die Gestapo fest und überführte ihn in Konzentrationslager und Zuchthäuser. Am 24. Oktober 1944 wurde Werner Seelenbinder im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Stinkender Fisch für den Oberbürgermeister

1949

Die Babelsberger Hausfrauen Handke und Legal legen am 25. Oktober dem Potsdamer Oberbürgermeister Walter Paul stinkenden Fisch auf den Schreibtisch; sie hatten diesen tags zuvor auf dem Babelsberger Wochenmarkt als Austausch für die erste Oktoberdekade

„Fleisch“ erworben; die „Märkische Volksstimme“ schreibt weiter dazu: „Die schlechte Ware wurde den beiden Hausfrauen sofort in einwandfreie Fischware umgetauscht und der weitere Verkauf dieser schlechten Fischware unterbunden. Dadurch, dass von den vielen

Hausfrauen, die diesen minderwertigen Fisch gekauft haben, zwei den Weg zum Oberbürgermeister fanden, konnten sofort Ermittlungen über die Ursachen dieser schlechten Waren eingeleitet werden, um von vornherein derartig schlechte Lieferungen zu unterbinden.“

„Oh, diese Jugend“ im Karl-Marx-Werk

1964

Erstmals tritt Anfang Oktober das Arbeitertheater des VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ mit der abendfüllende Kabarettinszenierung von Erhard Bittner und Detlef Heintze „Oh, diese Jugend“ auf; thematisiert werden z.B.

„...die Frage der modernen Romantik, Gängelei und Voreingenommenheit, missverständene Freiheit und Freizeitgestaltung sowie die Fragen des Vertrauens und der Jugendliebe. Es ist der Versuch, das übliche Schema eines

Nummernprogramms mittels durchgehender Handlung zu überwinden.“ (MV, 10. 09. 1964)

Gleiche Bildungschancen für alle!

Neben Neubauprogramm müssen auch Sanierungen fortgeführt werden

Die neue Wahlperiode der SVV beginnt, wie die alte endete – mit intensiven Diskussionen über die dringend notwendigen Investitionen in die soziale und Bildungsinfrastruktur unserer Stadt. Im Frühjahr haben wir gegen erhebliche Widerstände insbesondere der CDU endlich das Schulneubauprogramm für Potsdam auf den Weg gebracht – für 160 Mio. Euro werden sechs Schulstandorte neu entstehen. Übrigens nicht nur für den Norden der Stadt – auch am Stern und in der Waldstadt werden neue Schulen entstehen.

Darüber war zuletzt in der öffentlichen Debatte etwas aus dem Blick geraten, dass auch in den bestehenden Standorten zum Teil noch erheblicher Nachholbedarf besteht. Grund genug für DIE LINKE, dies zum Thema eines der ersten Anträge in der neuen SVV zu machen. Wir wollen, dass die notwendigen Sanierungsmaßnahmen in Kitas und Schulen, Sportstätten und Jugendeinrichtungen bis 2019 abgeschlossen werden. Zur Erinnerung: Zu Beginn der letzten Wahlperiode hatte die SVV auf unseren Antrag bereits einmal einen ähnlichen Beschluss gefasst – damals war 2014 als Zielvorstellung ausgegeben worden. Dieses Ziel ist klar verfehlt worden. In der Diskussion im Bildungsausschuss bezifferte Herr Richter den zusätzlichen Bedarf zur Erfüllung dieser Aufgabe auf ca. 78 Mio. Euro – eine Summe, die die Stadt aufgrund der Belastungen durch das



Erster Spatenstich für die neue Schule in Bornim.

Neubaupaket nicht werde aufbringen können. Es wurde deutlich, dass die Verwaltung gegenwärtig keinen Plan hat, wie mit diesen notwendigen Maßnahmen umgegangen werden soll. Die Kurzsichtigkeit der Verantwortlichen ist erschreckend. Die vom KIS im Jugendhilfeausschuss skizzierte Alternative ist nicht hinnehmbar: Danach könne man davon ausgehen, dass nach Umsetzung des Schulneubauprogramms ab 2020/21 wieder mehr Investmittel zur Verfügung stehen würden, die dann auch wieder für Sanierungen eingesetzt werden könnten.

Stefan Wollenberg machte für DIE LINKE deutlich, dass es ein Entweder-Oder nicht

geben dürfe. Beides – Neubau und Erhalt bestehender Standorte – sei gleichermaßen erforderlich, damit Potsdam seine Aufgaben erfüllen und dem Bedarf an Schul- und Kitaplätzen gerecht werden könne.

Nach einer Änderung des Antrags im Jugendhilfeausschuss soll die Verwaltung nun im ersten Schritt zumindest einen Plan vorlegen, wie die notwendigen Sanierungen schnellstmöglich in Angriff genommen und auch finanziert werden könnten.

Vorgelegt werden soll diese Planung im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen für 2015/16, die voraussichtlich im September beginnen werden.

Freilichtmuseum oder Studentenstadt?

FH-Gebäude soll bleiben/Vorzeitiger Abriss macht Studierende zum Spielball von „mittschönen“ Träumen

Zur Debatte über einen möglichen Umzug der FH ins Rechenzentrum, der einen schnelleren Abriss des FH-Gebäudes im Zentrum der Stadt Potsdam erzwingen soll, erklären Sascha Krämer, Stadtverordneter für DIE LINKE und Kreischef der LINKEN und Gesine Dannenberg, Mitglied des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS in Potsdam: „Die Studierenden sind nicht der Spielball für Klipps barocke Träume“, so Sascha Krämer. „Es ist unverständlich, dass in Potsdam Bürgerbefragungen abgelehnt werden, weil kein Geld vorhanden ist, aber man über teure Interimslösungen für den Umzug der Fachhochschule laut nachdenkt. Es ist bedauernd, dass nach 2018 keine Studierenden mehr in der Innenstadt sind. So sieht keine lebendige Mitte einer Stadt aus, die sich Hochschulstandort nennt. Bis zur endgültigen Verlegung sollte man die Studierenden in Ruhe studieren lassen. Der Aufwand und Nutzen der Klippschen Überlegungen rechtfertigt nicht mal ein müdes Lächeln – es ist einfach nur noch absurd. Wenn er Geld ausgeben möchte, dann lieber

für etwas Farbe, sodass die FH die nächsten Jahre gut aussieht.“

Gesine Dannenberg dazu: „Die bisherigen Äußerungen des Baudezernenten Herrn Klipp dazu zeigen, dass wenig Interesse besteht, diese Stadt auch für Studierende und junge Leute attraktiv zu gestalten. Hinzu kommt: Wenn in der Übergangszeit nur noch eine Mensa für die FH in der Pappelallee bestehen würde, hätten 1.500 Studierende keine Möglichkeit zu angemessenen Preisen essen zu gehen. Da ist der Umzug keine Frage der ‚Bequemlichkeit‘, sondern eine soziale Frage.“

DIE LINKE fordert, dass die wissenschaftlichen Einrichtungen stärker in den Fokus des öffentlichen Lebens der Stadt rücken und sich mit ihren Forschungsgegenständen auch innerstädtisch erlebbar präsentieren. Die Stadt Potsdam muss das Potenzial von Wissenschaftlern und Studierenden intensiver in eine innovative Stadtentwicklung einbeziehen.

Die durch die Stadtverwaltung angeregte Idee, die gesamte FH mit allen 1.500 FH-

Studierenden ins Rechenzentrum schnellstmöglich zu verlegen, damit der Abriss des derzeitigen FH-Gebäudes in der Stadtmitte noch beschleunigt werden kann, ist daher aus vielerlei Hinsicht nicht tragbar. Es ist begrüßenswert, dass nun auch viele Vertreterinnen und Vertreter der ‚Rathauskooperation‘ dies für eine ‚Schnapsidee‘ halten. Das Land Brandenburg sollte sich daher nicht zu einem früheren Abrisstermin hinreißen lassen.

Wir fragen: Warum kann Alt neben Neu nicht einfach harmonisch nebeneinander existieren? Kommt wirklich ein einziger Tourist weniger, wenn er die Fachhochschule neben dem Landtag sehen kann? Wohl eher nicht! Kommen weniger junge Leute nach Potsdam zum Studieren, wenn sie die leidige Diskussion von Sichtachsen und bezahlbarem Wohnraum für Studierenden verfolgen. Leider ja. Der ewige Kampf um Raum für Studierende und junge Leute wirkt abschreckend. Hier werden Prioritäten falsch gesetzt. Wir fordern eine lebendige Stadt, und vor allem eine lebendige Stadtmitte, für Alle.

Inklusion wollen – Personal stärken

Die aktuelle Situation um die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingsfamilien birgt zahlreiche Probleme für die Stadt. So auch in den Kitas, die überproportional Kinder aus Krisengebieten betreuen.

Die Betreuung von Kindern mit Migrationshintergrund, insbesondere aus Asylbewerberfamilien die in Übergangswohnheimen leben, stellt die Kindertagesstätten vor besondere Herausforderungen. Eltern und Kinder bringen die unterschiedlichsten Erlebnisse, bis hin zu Ängsten und Traumata mit in die Einrichtungen. Sie sind noch nicht richtig in dem für sie fremden Land angekommen, beherrschen die Sprache nicht, haben u. a. Existenz-, Zukunfts- und Trennungängste. Oft sind bei diesen Kindern Entwicklungsverzögerungen festzustellen.

Trotz der bisherigen Anstrengungen hinsichtlich der Änderungen im Personalschlüssel der Kitas, sind die Herausforderungen, die an die Erzieherinnen gestellt werden, nicht zu meistern.

Wir wissen von einer Einrichtung in der Nähe unserer Gemeinschaftsunterkunft am Schlaatz, wo von 190 zu betreuenden Kindern 100 Kinder aus 27 Nationen betreut werden. Unsere Hochachtung vor dem Personal dieser Kita.

Im Jugendhilfeausschuss der Kreistages Potsdam-Mittelmark ist am 18. Juni 2014 ein Beschluss gefasst worden, dass in Kitas die Kinder aus Asylbewerberfamilien betreuen, zusätzliche Kosten für pädagogisches Personal an Standorten von Übergangswohnheimen für Asylbewerber ab 2015 erhalten. Auch das Wissen um diesen Beschluss war ein Grund, über eine Verbesserung des Kita-Personalschlüssels auf Stadtebene zu ringen und dem Land gegenüber mit guten Argumenten um eine entsprechende Veränderung der Kita-Finanzierung zu werben.

Jana Schulze
sozialpolitische Sprecherin

Asylrechtsverschärfung:

Unwürdiges Geschacher auf dem Rücken von Menschen

Die große Koalition hat das verschärfte Asylgesetz nun doch durch den Bundesrat bekommen. Es reichte, weil die Grünen umgefallen sind. Am Ende sind die Grünen umgefallen – auch nicht alle, nur die in Baden-Württemberg. Aber das reichte, um im Bundesrat die verschärfte Asylgesetzgebung der Großen Koalition durchzubringen, wonach Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft werden. Damit haben insbesondere Roma aus diesen Ländern, keine Chance mehr, hier ein reguläres Asylverfahren zu durchlaufen und werden zügig zurückgeschoben.

Erkauft hat sich die Bundesregierung die Zustimmung mit „Zugeständnissen“ bei der Residenzpflicht, dem Sachleistungsprinzip im Asylbewerberleistungsgesetz und der Vorrangprüfung bei der Arbeitssuche. Diese „Zugeständnisse“ sind das Papier kaum wert, auf dem sie stehen – vieles davon hätten die Länder, so auch Baden-Württemberg, selbst schon längst regeln können. Wenn sie gewollt hätten. Und etliche dieser „Zugeständnisse“ laufen ins Leere, solange nicht auch Geduldete einbezogen sind. Wer sich so billig kaufen lässt wie in diesem Fall die Grünen in der baden-württembergischen Landesregierung, dem sind Schicksale von Menschen, ihre Not, ihre Ängste vermutlich egal.

Wer ausblendet, dass die nun „sicheren Herkunftsstaaten“ vor allem für Roma alles andere als sicher sind, der hilft mit, dass innerhalb der Festung Europa die Trutzburg Deutschland noch schwieriger zu erreichen ist. Dieses Geschacher auf dem Rücken von Flüchtlingen ist unwürdig und beschämend. Deutschland hat die – auch historische – Pflicht, Menschen in Not aufzunehmen, Flüchtlingen Schutz und Sicherheit unter menschenwürdigen Bedingungen zu geben. Wir müssen Mauern schleifen, statt ständig neue zu errichten.

Sascha Krämer

Gysi, Görke und wir alle

Begeisternde Kundgebung Am Stern zum Auftakt für den Wahlkampfendspurt

Als Gregor Gysi am 11. September 2014 seine Rede auf dem Potsdamer Keplerplatz beendet hatte, wollte der Beifall kein Ende nehmen – weit über 1.000 Gäste applaudierten minutenlang. Dutzende umringten ihn, als er die Bühne verließ, streckten ihm Zettel und Stifte für Autogramme entgegen oder wollten mit ihm zusammen aufs Erinnerungsfoto. Es war der Höhepunkt einer Kundgebung, die bewusst nicht Wahlkampfabschluss hieß, sondern Auftakt zum Endspurt.

Begonnen hatte der Abend zwei Stunden zuvor mit einem Talk zwischen den drei Potsdamer Direktkandidatinnen: Hans-Jürgen Scharfenberg, Anita Tack und Sascha Krämer betonten nicht nur die Bedeutung einer starken LINKEN für die Landespolitik, sondern auch für das Lokale. „Wir haben hier von Anfang an jede kommunalpolitische Entscheidung mit beeinflusst, und das hat diese Stadt zum Guten verändert“, sagte



Scharfenberg und konnte sich der Zustimmung des Publikums sicher sein.

Im Anschluss an den Talk begeisterte Chri-

stian Görke die Zuschauer mit einer kämpferischen Rede, in der er die Pläne der LINKEN für die kommende Legislatur erläuterte.



Als Vereinte Nationen agieren statt zuspitzen und Waffen liefern

Bedrohliche Bilder aus Syrien, der Ukraine und anderen Krisengebieten bestimmen die täglichen Nachrichtensendungen. Eine deutliche Mehrheit der Deutschen spricht sich gegen Waffenlieferungen für den Irak und eine Beteiligung der Bundeswehr aus, hat Angst vor einer Ausweitung des militärischen Konflikts um die Krim. Die meisten Menschen wollen friedlich leben, und doch ist Frieden ein zerbrechliches Gebilde – nicht zuletzt deshalb, weil mit Krieg eine Menge Geld zu verdienen ist.

Nach dem Umfallen der Grünen ist Die Linke nun noch die einzige konsequente Friedenspartei. Mit dieser Haltung kann man

sich als Oppositionspartei bequem zurücklehnen. Wollen die Linken angesichts der ISIS-Morde tatsächlich einfach „wegsehen“, wie es zum Beispiel Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen unterstellt?

Davon kann keine Rede sein. Aber Die Linke hält nichts von Alleingängen bei solchen Konflikten und vermeintlich einfachen Lösungen. Waffenlieferungen, Truppenstationierungen in der Nähe von Konfliktherden oder die Modernisierung von Atomwaffen mehrerer NATO-Staaten – all das spitzt Konflikte zu, statt sie zu lösen.

Deshalb lehnt Die Linke neue Aufrüstungs-

Drachen statt Drohnen

Am 4. Oktober demonstrierten bundesweit viele Menschen anlässlich des Globalen Aktionstages gegen die Nutzung von Drohnen zur Überwachung und zum Töten. Die Bundesregierung will offenbar die Bundeswehr mit unbemannten bewaffneten Flugzeugen (Kampfdrohnen) ausstatten. Ihr Einsatz führt zur „gezielten“ Tötung von Menschen innerhalb und außerhalb von Kriegen – ohne Anklage, Verfahren und Urteil. Das setzt eine neue Rüstungsspirale in Gang. Die Linke fordert deshalb von Bundesregierung und Bundestag, sich für ein weltweites Verbot dieser Waffen einzusetzen. Für den Aktionstag verteilte sie bundesweit 1.000 LINKE-Drachen.

ab. Sie stellt sich gegen die NATO-Militärkooperation mit Schweden und Finnland. Sie lehnt Bundeswehr-Vorträge in Schulen ab. Die Linke fordert das Verbot von Rüstungsexporten und Kampfdrohnen. Nach Ansicht der Linken sollten die Vereinten Nationen eine gemeinsame internationale Antwort auf den Terror des „Islamischen Staats“ geben. Statt jährlich über 30 Milliarden Euro in den Verteidigungshaushalt zu pumpen, müssen die Deutschen vor allem ihre humanitären Anstrengungen für die Flüchtlingshilfe verstärken.

BEMERKUNG: Die fünf größten Rüstungsexporture von 2009 bis 2013 waren die USA, Russland, Deutschland, China und Frankreich. Zusammen waren sie für 74 Prozent der Rüstungsexporte verantwortlich. (Quelle: Stockholmer Institut für Friedensforschung)

Bunt, lebendig und natürlich politisch...

...ging es beim Wahlkampfauftakt der LINKEN Brandenburg am 23. August 2014 zu. Einen ganzen Tag lang feierte die Partei im Potsdamer Lustgarten ein großes Fest mit vielen Gästen und jede Menge Politikprominenz. Vor Ort waren alle vier linke MinisterInnen: Anita Tack, Ralf Christoffers, Christian Görke und Helmut Markov, aber auch die linken Potsdamer Kandidaten Hans-Jürgen Scharfenberg und Sascha Krämer. In den Talkrunden wurde auf die erfolgreichen fünf Jahre rot-rote Landesregierung verwiesen. Die Vorsitzende der LINKEN, Katja Kipping, betonte im Blick auf die Bundesratsinitiativen des Landes Brandenburg und die bevorstehenden Wahlen in drei ostdeutschen Ländern: „Wir wollen einen roten Gürtel um das Bundeskanzleramt legen.“ Natürlich gab es an diesem sonnigen Sommerfest nicht nur Politik, sondern auch leckeres Essen, gute Musik und jede Menge Spaß für die kleinen Gäste. „Die Mischung stimmte“, erklärte Sascha Krämer zufrieden.



Für ein „Selfie“ zu haben: Katja Kipping und Christian Görke



AFD – die rechte Kraft in Deutschland

Ob auf Kommunal-, Europäischer- oder Landesebene, die AFD ist der angesagte, neue Stern am rechten Rand unserer Politbühne. Ihre Wahlprogramme und das, was sie sich auf ihre blauen Fahnen schreiben, spricht deutliche Worte: „Mut zu Deutschland!“, „Griechen leiden, Deutsche zahlen...“, „Einwanderung braucht klare Regeln.“ usw. Die AFD bläst nicht nur einen stammstisch-populistischen Sturm durch die Gesellschaft, sie betreibt eine Politik der Fremdenangst und Feindbilder. Die AFD vertritt erfolgreich und deutlich nationalkonservative und rechts-populistische Standpunkte. Eine Partei, die im Vergleich mit anderen Parteien den höchsten Anteil Akademiker in ihren Führungsreihen vereint. Hört mensch ihre Reden, so werden sie nicht müde zu behaupten, dass sie nicht „rechts“ sind. Diese paradoxe Selbsteinschätzung kann sogar aus Sicht eines AFD-Anhängers Sinn machen. Diese sehen sich vielerorts in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt. Jedenfalls sagen sie das. Aber ist der Wahlerfolg der AFD nun doch eher



ein Protestphänomen der Mitte? Ich befürchte nein. Die AFD greift auf, wovor sich offenbar viele Menschen in der risikogeschwängerten, globalisierten Welt fürchten. Das heißt, dass das gesamtgesellschaftliche Klima zunehmend auf dem Weg ist in Richtung Fremdenangst, Kriegstreiberei und Rechtspopulismus abzugleiten. Die AFD-Antwort setzt im Wahlspektakel auf die kollektive Identität der Nationalität, weg von der (Europäischen-) Nation, hin zur Nationalstaatlichkeit. Und schon kurz nach der Wahl kommt, was kommen musste: Im Kreistag Vorpommern-Greifswald stimmt die AFD mit der NPD, im Europäischen Parlament setzt sich AFD-Chefdemagoge Lucke für die Anhebung des Renteneintrittsalters und

Renten Kürzungen ein. Und das scheint erst der Anfang. Wie mag ein Mitte-Gesellschaftlicher da zusammensucken, wenn klar wird: Die meinen es ernst! Hier bleibt es nicht beim bläulichen Stammstischgeschwätz. Hier zeigt die AFD, was sie tatsächlich ist: eine Alternative zur NPD, DVU oder den Republikanern. Eine rechtspopulistische Partei mehr. Mit den gleichen Werten versehen und durch die gleichen Ängste getragen. Eine rechte Partei! GenossInnen, wir haben jetzt 3 Jahre Zeit massiv politische Bildungsarbeit zu betreiben, zu warnen und die AFD allerorts öffentlich zu enttarnen. Danach beginnen die Vorbereitungen zur Bundestagswahl. Es ist unsere Pflicht die Zeit zu nutzen. Nicht nur um eine deutliche Anti-AFD-Kampagne zu befördern, sondern auch um linke, humanistische Werte und die Gesellschafts-Utopie des demokratischen Sozialismus klar und laut zu vertreten. Wir bieten Alternativen zur Alternative, denn: Nationalismus ist und war nie eine Alternative für Deutschland!

Matthias Lack

Löhne in Ostdeutschland:

Im Schnitt 777 Euro weniger als im Westen

Die Löhne in Ostdeutschland gleichen sich nur sehr langsam den Löhnen in Westdeutschland an, meldet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). In Ostdeutschland lag im Jahr 2012 das durchschnittliche Brutto-Monatsentgelt bei 2139 Euro, in Westdeutschland bei 2916 Euro. Das zeigt eine aktuelle Auswertung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Der monatliche Durchschnittslohn in Ostdeutschland liegt damit 777 Euro unter dem in Westdeutschland.

„Ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung ist das Lohngefälle zwischen den alten und neuen Bundesländern nicht mehr hinnehmbar. Ein Lohngefälle gibt es selbst dort, wo die Produktivität fast genauso hoch ist wie in den alten Bundesländern“, erklärt dazu DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell.

Lohngefälle sorgt auch für soziale Schieflage

„Dem Lohngefälle folgt in der Regel eine soziale Schieflage“, warnt das DGB-Vorstandsmitglied. Niedrige Löhne verursachen Altersarmut, sinkende regionale Kaufkraft und führten vielerorts zur Abwanderung gut qualifizierter junger Arbeitnehmer. „Demografische Probleme verschärfen sich und langfristig entstehen weder Chancengleichheit noch gleichen sich die Lebensbedingungen an. vielerorts zementieren sich dauerhaft strukturschwache Regionen mit schwacher Wirtschaftskraft. Das muss sich ändern – wir brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West.“

Mindestlohn wichtiger Schritt

Der einheitliche Mindestlohn ab Januar 2015 sei ein erster Schritt in die richtige Richtung. Außerdem müsse „die Tarifbindung wieder gestärkt und die Beschäftigten müssen nach Tarif entlohnt werden“, so Körzell. „Höhere Löhne bringen mehr Kaufkraft, ziehen verstärkt Investitionen nach sich und mobilisieren mehr Wachstumskräfte – damit können die neuen Länder sich aus eigener Kraft entwickeln und zu attraktiven Standorten werden.“

Potsdam erinnert

An 9.11. 2014, um 15.30 Uhr gibt es eine Gedenkveranstaltung unter dem Titel „Geschichte erleben – Erinnerung an die friedliche Revolution 1989“ an der Mauergedenkstätte in Groß Glienicke mit Oberbürgermeister Jann Jakobs und dem Spandauer Bezirksbürgermeister Helmut Kleebank.

Einen Tag später, am 10. November um 18 Uhr, wird an die Öffnung der Grenze an der Glienicker Brücke vor 25 Jahren erinnert. Die Veranstaltung der Landeshauptstadt in Kooperation mit der Fördergemeinschaft Lindenstraße 54 steht unter dem Motto „Aus dem Dunkel ins Licht: Gedenken, Erinnern, Strahlen“. Geplant sind Gespräche mit Zeitzeugen beiderseits der geschichtsträchtigen Brücke, außerdem Bilder und Filme aus jener Zeit. Die Glienicker Brücke verändert im Laufe der Veranstaltung ihr Aussehen. Die Stimmung und die Ereignisse des 10. November 1989 spielen dabei eine große Rolle. Daran soll erinnert werden.

SUDOKU

	3	4				9	7	
				9				
		5	7		1	8		
4				8				1
	6	7				5	4	
5				6				8
		6	1		4	2		
				3				
	5	9				1	8	

Auflösung September

3	5	1	7	2	6	4	9	8
7	4	9	8	3	1	5	6	2
8	6	2	4	5	9	1	7	3
1	8	6	2	4	7	3	5	9
5	7	4	1	9	3	2	8	6
9	2	3	5	6	8	7	1	4
2	3	7	9	8	5	6	4	1
6	9	5	3	1	4	8	2	7
4	1	8	6	7	2	9	3	5

Ost-Schmalz auf dem West-Wecken

Aus der bayerischen Provinz ausgerechnet nach Potsdam? Das ist Stoff für eine Kriminette/ Eine Rezension von Matthias Krauß

Was, wenn das Besteck blutig ist, obwohl es zum Mittag weder „tote Oma“ noch ein kurz gebratenes Steak gab? Dann ist das Ausgangspunkt für einen Krimi. Respektive für eine Ost-West-Kriminette.

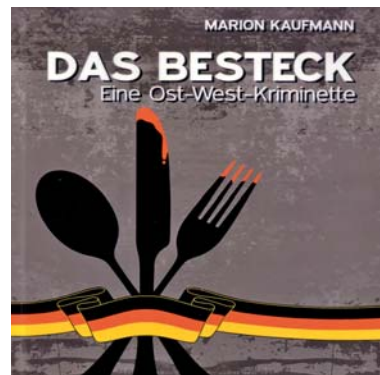
Marion Kaufmann ist Redakteurin der Potsdamer „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ und hat sich mit ihrem ersten Buch „Das Besteck“ vieles von der Seele geschrieben. Sie lässt darin sowohl eine junge Journalistin als auch eine junge Kriminalistin auftreten, beide stammen, wie die Autorin selbst, aus Süddeutschland und arbeiten in Potsdam. Es besteht Grund zur Annahme, dass die erdachten Figuren Züge der Autorin tragen.

Drei scheinbar zusammenhanglose Morde in Potsdam und Umgebung sind es, die die beiden Romangestalten zusammenführen. Gemein haben die Verbrechen nur den merkwürdigen Umstand, dass jeweils Billig-Besteck am Tatort gefunden wurde. Dass die Stasi durch die Geschichte wabert, ist in diesem Zusammenhang vielleicht unvermeidlich. Der Ausgang des Ganzen ist ein überraschender, soviel sei verraten. Mit ihm wird die Theorie von Raymond Chandler bestätigt, wonach eine gute Kriminalgeschichte nichts zu tun haben kann mit der sich in der Wirklichkeit ereignenden Kriminalität.

Von Motzen und Kotzen und anderen Eigentümlichkeiten

Schauplätze der Erzählung sind das Werderaner Baumblütenfest, das Haus für Brandenburgisch-preußische Geschichte in Potsdam, die Redaktion der Heimatzeitung. Als Brandenburger kann man sich in ihr also durchaus zu hause fühlen. Und wie die Autorin selbst haben sich ihre Roman-Frauen aus der südwestdeutschen Provinz nach Brandenburg aufgemacht, in eine neue Heimat mit spezifischen Eigenarten. Dorthin, wo es Ortschaften gibt, die Motzen und Kotzen heißen. Darum geht es in dem Buch vor allem, über ihre beiden Roman-Frauen kann Autorin Kaufmann gewissermaßen beim Thema deutsch-deutsche Eigentümlichkeiten mit sich selbst ins Gespräch kommen.

Wer also aus dem brandenburgischen Saft auftauchen und wissen will, welche Erlebnisse eine Frau aus dem bayerischen Westen, die zur Wendezeit gerade einmal 14 Jahre alt war, hierzulande hatte, der wird in dem Buch fündig. Marion Kaufmann ist dabei schonungslos – aber sie vergisst nicht, regelmäßig zu bestätigen, dass ihre alte West-Heimat nicht minder provinziell,



Marion Kaufmann, „Das Besteck – Eine Ost-West-Kriminette“, Wagner Verlag, 215 Seiten, 11,80 Euro

nicht minder vermufft, öde und verstaubt war, als es ihre neue Ost-Heimat ist. Hier wie dort werde gejammert und lamentiert. Ihr Exkurs in die West-Abartigkeiten geschieht so regelmäßig, dass die Vermutung keimt, hier wolle jemand sich das Recht verschaffen, seinem Herzen Luft und aus ihm jedenfalls keine Mördergrube zu machen.

Nudossi kontra Nutella, Jägerschnitzel kontra Jagdwurstschnitzel, Plaste hier und Plastik dort. Polylux oder Tageslichtprojektor – wer mag das alles noch hören? Die Autorin hört es jeden Tag, wenn in der eigenen Zeitungsredaktion die „Dauernörgler“ in ihre Posen verfallen und auch nach 20 Jahren keine Mittagspause vergehen lassen, bei der nicht das „Davor“ besprochen würde. Leider in der immergleichen Weise, so dass der inzwischen gar nicht mehr so neuen West-Kollegin nur noch der Appetit vergeht bei den „angestaubten Geschichten“, beim „Ostschmalz“. Und dabei sind diese Dauerosis immer noch erträglicher als die

selbsternannten „Edelfedern“ am Nebentisch, die sich in höhere journalistische Welten träumen.

Vom bayrischen Regen in die Potsdamer Traufe

Die Brandenburger offenbaren aus Marion Kaufmanns Sicht eine Mischung aus biederer Bodenständigkeit und dem Versuch, sich weltgewandt zu geben. Reichtum macht diesen Menschenschlag nicht geschmackvoller, nur protziger. Und bei aller DDR-Redseligkeit werde eben vieles aus dieser Zeit „unter den Tisch gekehrt“. Immer aber, wenn die Ostseele im Buch überstrapaziert zu werden droht, findet sich bei Kaufmann der Hinweis, dass ihr die geistige Enge ihrer süddeutschen Heimat nicht minder zuwider war und sie in ihrem Ort ebenfalls „unter ständiger Beobachtung“ gestanden habe.

So teilt sie nach beiden Seiten aus, sie, die vom bayerischen Regen in die Potsdamer Traufe geraten ist. Hier wie dort sei ihre journalistische Arbeit geprägt gewesen von Feuerwehresten, Faschingsumzügen und „sinnlosen Umfragen“. Es entsteht der Eindruck, dass auch sie einfach nur weg will, hinein in die Regionen des „Spiegel“ oder der „Zeit“. Aber im Unterschied zu den „Edelfedern“ verrät sie es nur dem Leser.

Ostdeutsche, die die DDR noch bewusst erlebt haben, fühlen sich Westdeutschen mitunter deshalb überlegen, weil sie im Unterschied zu denen über das Weltwissen zweier Epochen verfügen. Die Autorin, die auch zwei Welten kennt, führt vor Augen, dass sich die deutschen Bilder viel stärker gleichen, als die Kampfhähne auf beiden Seiten zugeben wollen.

Bei aller langweiliger Berufsroutine und Grundskepsis gegenüber abgesicherter Rechthaberei: Am Ende beschleicht die Autorin das Gefühl, mit Brandenburg nicht das schlechteste getroffen zu haben. Ihr Zug nach Osten sei wohl doch der richtige gewesen. „Sonst wäre sie am Ende noch in Stuttgart oder, noch schlimmer, in Bieberbach hängengeblieben. Dann lieber Kotzen und Motzen.“

tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine

Montag, 13.10.2014, 14.30 Uhr:
„Irland – die grüne Insel“, Teil 5: Dublin – die Hauptstadt der Republik Irland *

Mittwoch, 15.10.2014, 19.00 Uhr:
„Was geht uns heute noch die DDR an!“ Veranstaltung der RotFuchs Regionalgruppe Potsdam mit Klaus Blesing, stellvertretender Minister für Schwerindustrie in der Regierung

Mudrow im Jugendzentrum „Freiland“, Friedrich-Engels-Str. 22.

Sonabend, 18.10.2014, 14.00 Uhr:
Stunde der Musik: „Klassische Irische Folklore im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träumen“. Livekonzert mit dem Duo „Turlough“ *

Montag, 20.10.2014, 14.30 Uhr:
„Potsdamer Anekdoten und Geschichten, Teil XIII – ein Wiedersehen mit Eva

Dobrzinski-Petersein“, eine weitere Folge der heiter-nachdenklichen Geschichten aus unserer Stadt. *

Dienstag, 21.10.2014, 14.30 Uhr:
„Wandern auf dem Jakobsweg“ – eine fotografische Wanderung auf dem legendären Jakobsweg durch Nordspanien. *

Freitag, 24.10.2014, 16.00 – 19.30 Uhr:
Gesamtmitgliederversammlung des

Ortsverbandes, Bürgerhaus „SternZeichen“, Galileistraße 37/39

Montag, 27.10.2014, 14.30 Uhr:
„Jambo, Sansibar“ – eine Reise in Bildern auf die kleine verträumte Insel im Indischen Ozean, deren Name allein schon verzaubert. *

Dienstag, 28.10.2014, 14.30 Uhr:
Eine Expedition mit dem Dipl.-Ing. Herrn Michael Glitschka – „Mit der Un-

terwasserkamera vor der Küste Kroatiens“ *

Freitag, 31.10.2014, 19.00 Uhr:
Wieder im Kabarett: Gisela Oechelhaeuser und Partnerin Gigi. Bürgerhaus STERN*Zeichen, Galileistr. 37-39.

* Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11/Zentrum Ost